



INTERNATIONALES BULLETIN

April 2026 Nr. 272

www.mlkp-info.org | mail@mlkp-info.org



Eine Analyse über die Selbstaflösung der PKK und die neue Phase im Kampf für kurdische Selbstbestimmung

Nachdem der PKK-Führer Abdulah Öcalan mit dem am 27. Februar 2025 veröffentlichten „Aufruf für Frieden und eine demokratische Gesellschaft“ die Grundzüge eines neuen Kurses im kurdischen

Befreiungskampf vorgegeben hatte, bestätigte der 12. Kongress der PKK, der vom 5. bis 7. Mai 2025 stattfand, offiziell den neuen Kurs der kurdischen nationalen demokratischen Bewegung. Der Kon-

gress, der die Entscheidung traf, die PKK als Organisation aufzulösen und den bewaffneten Kampf zu beenden, erklärte, dass die tatsächliche Umsetzung dieser Beschlüsse die Führung dieses Prozesses durch Öcalan sowie die Gewährleistung des Rechts auf legale demokratische Politik mit umfassenden rechtlichen Absicherung durch den Staat erfordere. Damit markiert der Kongress den Beginn einer neuen Ära für die kurdische nationale demokratische Bewegung mit einer programmatischen und strategischen Transformation. Diese neue Phase wird sich in dem Maße gestalten, wie der programmatische und strategische Wandel, die legale Organisation und der Übergang zum unbewaffneten Kampf in die Praxis umgesetzt werden. Gleichzeitig bedeutet der PKK-Kongress nicht nur für die kurdische nationale demokratische Bewegung, sondern auch für den Kampf um politische Freiheit und die revolutionären Kräfte in der Türkei und Kurdistan insgesamt den Beginn einer neuen Phase.

Der Prozess vor der Selbstaflösung

Der Selbstaflösung der PKK war eine zehnjährige gewaltsame Phase vorausgegangen, die mit dem faschistischen Palastputsch vom

20. Juli 2015 begann und in der das faschistische Chefregime unter Tayyip Erdoğan institutionalisiert wurde. In diesem Prozess eskalierte der Krieg zwischen dem faschistischen Kolonialstaat und der kurdischen nationalen demokratischen Bewegung, wobei beide Seiten darauf abzielten, den Willen der jeweils anderen Seite zu brechen. Diese gewaltsame Phase war auch eine staatliche Reaktion auf die vergangenen Verhandlungen zwischen der PKK und dem türkischen Kolonialstaat sowie wesentliche revolutionäre Entwicklungen in der Region. Denn während zwischen den Jahren 2013 und 2015 noch Verhandlungen zwischen beiden Seiten auf der Gefängnisinsel Imrali stattfanden, wo Abdullah Öcalan unter speziellen Bedingungen festgehalten wird, erblühte die Rojava-Revolution. Der Juni-Aufstand im Istanbuler Gezi-Park erfasste die gesamte Türkei und der Kobanê-Aufstand zwischen dem 6. und 8. Oktober 2014 markierte eine Zäsur. Zudem erzielte die neu gegründete Demokratische Partei der Völker (HDP) bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 einen historischen Erfolg, der die Regierungsmehrheit der AKP beendete und auch Erdoğan's Ziel, Präsident zu werden, ins Wanken brachte.

Eine revolutionär-demokratische Dynamik erstarkte im Kampf und erschütterte den bürgerlichen Staat. In derselben Periode unternahm die kurdische nationale demokratische Bewegung Schritte, um in Bakur (Nordkurdistan in den türkischen Staatsgrenzen) militärischen Widerstand für Selbstverwaltungen vorzubereiten. Ein Bürgerkrieg mit Barrikadenkämpfen in kurdischen Städten entflammte, darunter die Zentren Sur, Cizre und Nusaybin, die zu Widerstandsfestungen gegen den türkischen kolonialen Faschismus wurden.

Vor dem Hintergrund dieser revolutionär-demokratischen Entwicklungen fanden die vorherigen Verhandlungen statt und das im Februar 2015 deklarierte „Dolmabahçe-Abkommen“, eine zehneitige gemeinsame Aushandlung, sollte den Abschluss des bewaffneten Kampfes und demokratische Reformen den Friedensprozess besiegeln. Der faschistische Staats- und Parteichef Erdoğan annullierte dieses Abkommen jedoch noch im selben Jahr, wonach das Massaker von Suruç seinen „Palastputsch“ symbolisierte und mit der Umsetzung des 2014 vom Nationalen Sicherheitsrat (MGK) unter Beschluss gefassten „Vernichtungsplans“ des Staates eine zügellose

kolonialistische und faschistische Angriffswelle begonnen wurde.

Diesem Plan zufolge sollten die PKK und die revolutionär-demokratischen Dynamiken vernichtet werden. In den Medya-Verteidigungsgebieten, die großflächig bombardiert wurden, errichtete der türkische Kolonialstaat dauerhafte Besatzungspositionen und bereitete groß angelegte Invasionsangriffe auf Rojava vor. Die türkischen Staatsgrenzen wurden mit Mauern und umfassenden Überwachungsmitteln kontrolliert, der Guerillakampf in den ländlichen Gebieten von Bakur wurde mit schweren militärischen Schlägen konfrontiert, demokratische Massenbewegungen erlebten schwere rassistische staatliche Repressionen und die legalen sowie parlamentarischen demokratischen Kämpfe wurden durch unzählige Razzien und Festnahmen blockiert. Die zehn Jahre nach den letzten Verhandlungen zwischen der kurdischen nationalen Bewegung und dem türkischen Staat waren geprägt von Massakern, Besatzungsangriffen, Attentaten, Festnahmewellen, Ausnahmezustand und Notstandsverordnungen, Kündigungs- und Entlassungsgesetzen, der Schließung demokratischer Vereine und Institutionen, Gefängnisstrafen und

Zwangsverwaltungen in demokratisch gewählten Kommunen, während die staatlichen Institutionen in nie zuvor dagewesener Weise zentralisiert wurden und die technologische Ausstattung der Konterrevolution sich immens weiterentwickelte.

Dem faschistischen Chefregime gelang es in diesen Jahren zwar nicht, die nationale demokratische Bewegung politisch und militärisch zu besiegen, doch die Vorteile der Militärtechnologie, insbesondere in der Aufklärungs- und Angriffsmöglichkeiten, sowie die Unterstützung durch Imperialisten und die Kollaboration der südkurdischen PDK verschafften der türkischen Kolonialmacht politische, militärische, taktische und psychologische Überlegenheit über die eigenen Staatsgrenzen hinaus. Die Kriegsbedingungen verschärfen sich erheblich.

Trotz kritischer Verluste leistete die nationale demokratische Bewegung zehn Jahre lang mit großer Hingabe, Kreativität und Heldentum Widerstand gegen den faschistischen Kolonialismus. Die kurdische Freiheitsguerilla kämpfte in eindrucksvollen Kriegstunneln und passte sich den erschwerten Bedingungen immer besser an.

Wandelnde Kräfteverhältnisse in der Region

Der Aussöhnungsprozess in der Türkei bettet sich ein in wesentliche regionale Entwicklungen. Seit den arabischen Volksaufständen 2010/2011 befindet sich die Region in einem kontinuierlichen Prozess sich verändernder Kräfteverhältnisse und imperialistischer Neuordnungsbestrebungen. Nach der Al-Aqsa-Flut am 7. Oktober 2023 durch den palästinensischen Widerstand, richtete der zionistische Staat Israel schließlich seine Bemühungen darauf, seinen genozidalen Krieg auf den gesamten Mittleren Osten auszudehnen, was die gesamte Region zeichnete und die türkische Bourgeoisie unter der Führung Erdoğan's politisch beunruhigte. Die Rhetorik des faschistischen Präsidenten Erdoğan, die „Heimatfront zu festigen“, folgte aus dieser Besorgnis heraus. Denn einerseits schufen die rasch zunehmende politische und militärische Initiative des israelischen Zionismus und andererseits die veränderten politischen Gleichgewichte in der Region neue politische Räume, die von der kurdischen nationalen demokratischen Bewegung genutzt werden konnten. Die imperialistischen Umgestaltungsversuche der



USA in der Region und Israels zionistische Kriegsanstrengungen führten zu einer Machtverschiebung im Mittleren Osten, wobei der Sturz des Assad-Regimes in Syrien und die Machtübernahme der kollaborierenden HTS im Jahr 2024 letztlich einen Wendepunkt darstellte.

Unter diesen Umständen und kurz vor dem Machtwechsel in Syrien unternahm der faschistische MHP-Vorsitzende und Regierungspartner Devlet Bahçeli im Oktober 2024 überraschend die Initiative eines neuen politischen Manövers, um den „Krieg der Willensbrechung“ zu beenden. Er richtete einen aufsehenerregenden Aufruf zur Versöhnung nach Imrali, in dem er forderte, Abdullah Öcalan solle die Auflösung der PKK öffentlich im Parlament verkünden. Demonstrativ schüttelte

er Abgeordneten der demokratischen DEM-Partei im Parlament die Hand.

Als Folge der von Bahçeli verkündeten Initiative gab Öcalan seinen „Aufruf für den Frieden und eine demokratische Gesellschaft“ bekannt, der den tatsächlichen Beginn eines politischen Aussöhnungsprozesses markierte. Dieser Aussöhnungsprozess begann jedoch unter Bedingungen, unter denen das koloniale faschistische Chefregime seine „tamilische Lösung“ (Modell nach der militärische Vernichtungspolitik des sri-lankischen Staates gegen das tamilische Volk und seine Forderung nach Unabhängigkeit) vorantrieb und seine genozidalen Angriffe forcierte. Öcalan, der offenbar die Gefahr erkannte, dass der nationalen demokratischen Bewegung in den vier Teilen Kurdistan mit all ihren

Positionen und Errungenschaften eine Vernichtung drohen könnte, setzte sich innerhalb dieses Rahmens mit seinem ideologisch-politischen Gewicht dafür ein, dass die PKK den bewaffneten Kampf beendet und sich auflöst. Ungeachtet der theoretischen Begründungen wurde jedoch klar, dass diese Entscheidungen einen großen Rückschritt bedeuteten und dass sogar ein noch engerer Rahmen für Kompromisse akzeptiert werden sollte als der, den die türkische Bourgeoisie vor zehn Jahren in den Imrali-Verhandlungen unterbreitet hatte. Einen Kompromiss, den die nationale demokratische Bewegung damals jedoch als unzureichend abgelehnt hatte, da sie auf wesentlichen demokratischen Reformen beharrte. Letztlich haben sich die politischen Bedingungen zwischen beiden Verhandlungsprozessen tiefgreifend verändert und damit einhergehend ist der Inhalt des aktuellen Friedensabkommens noch begrenzter als der, den die türkische Bourgeoisie vor zehn Jahren angeboten hatte.

Was für ein Frieden?

Der Aussöhnungsprozess zwischen dem türkischen bürgerlichen Staat und der kurdischen nationalen demokratischen Bewegung ent-

spricht einem Friedensabkommen im Krieg. Beide Kriegsparteien wollen Frieden. Das Friedensabkommen wird von der einen Seite als „Prozess des Friedens und der demokratischen Gesellschaft“ bezeichnet, von der anderen als „Prozess einer terrorfreien Türkei“. Aber ist dieser Unterschied in der Bezeichnung nicht an sich schon ein Unterschied in der Ausgestaltung des Friedens?

Das kurdische Volk und die kurdische nationale demokratische Bewegung sehnen sich nach einem gerechten und demokratischen Frieden. Die ersten Bedingungen für ein gerechtes und demokratisches Friedensabkommen sind die Gewährleistung fairer Arbeitsbedingungen für Öcalan, die Freilassung politischer Gefangener, die Legalisierung der PKK und ihrer gesamten Kader:innen in der Türkei und in Bakur sowie die Gewährleistung eines legalen politischen Kampfes für alle nationalen demokratischen Forderungen der Kurd:innen. Ein gerechtes Friedensabkommen müsste außerdem zur Anerkennung der kurdischen nationalen Existenz führen und verfassungsrechtliche sowie gesetzliche Veränderungen nach sich ziehen, die administrative Autonomie und das Recht auf Bildung in der

Muttersprache innerhalb der staatlichen Struktur garantieren.

Im Gegensatz dazu behandelt der Kolonialstaat unter dem faschistischen Chef Erdoğan den Frieden mit einer Arroganz, die darauf hindeutet, dass er den Kurd:innen die Bedingungen eines Kapitulationsabkommens diktieren will, ohne das Wort „Frieden“ auszusprechen oder einen formellen Vertrag in Betracht zu ziehen. Er sieht den Frieden lediglich als einen Prozess, in dem die PKK sich selbst auflöst und auf jegliche Ansprüche auf einen nationalen Status verzichtet. Auch eine Entwaffnung der kurdischen nationalen demokratischen Bewegung in den vier Teilen Kurdistans gehört zu den zentralen Anforderungen des Chefregimes. Es zeigt keine Bereitschaft, die Kurd:innen als Nation anzuerkennen oder ihre Rechte auf Autonomie und Bildung in der Muttersprache zu akzeptieren. Die vollständige Freilassung von Öcalan sowie die Teilnahme der PKK-Führung am legalen politischen Kampf stehen ebenfalls nicht zur Diskussion.

Ein weiteres zentrales Element eines gerechten Friedens wäre der Einsatz einer „Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission“, die Kriegsverbrechen aufklärt und

Kriegsverbrecher vor Gericht stellt. Doch anstelle einer solchen Kommission wurde im bürgerlichen Parlament die „Kommission für nationale Einheit und Solidarität“ ins Leben gerufen. Diese hat jedoch keine Befugnisse und wurde geschaffen, um die bürgerliche Opposition in den Prozess einzubinden.

Die politische Eingliederung von PKK Kader:innen ist eines der größten noch ungelösten Fragen des Prozesses. Laut dem türkischen Staat sollen die Führungskräfte der PKK in von ihm bestimmte Länder außerhalb der Türkei und Kurdistans geschickt werden, während die Guerillakämpfer:innen einzeln vor die kolonialistischen Gerichte gestellt werden sollen. „Demokratische Öffnungen“, deren Inhalt bis heute ungeklärt sind, sollen erst nach der Umsetzung dieser Maßnahmen folgen.

Die im Prozess möglichen erleichterten Haftbedingungen von Öcalan würden bei den kurdischen Massen als Erfolg wahrgenommen werden und eine kämpferische Stimmung fördern. Jedoch ist offensichtlich, dass der sich abzeichnende Frieden nicht der gerechte und demokratische Frieden ist, der die legitime Forderung und Seh-

sucht des kurdischen Volkes ist. Vielmehr handelt es sich um einen Frieden, der vom faschistischen Kolonialstaat diktiert wird und die kurdische nationale demokratische Bewegung zu einseitigen Zugeständnissen zwingen soll.

Der wesentliche Unterschied zwischen einem gerechten, demokratischen Frieden und einem kolonialistischen Frieden in Kurdistan liegt in der Frage, ob es um nationale kollektive Rechte oder nur um individuelle kulturelle Rechte geht. Während der türkische Kolonialstaat nach wie vor keine Bereitschaft zeigt, eine bürgerlich-demokratische Lösung für die kurdische nationale Frage zu finden, bleibt auch die nationale Verleugnung der Kurd:innen weiterhin bestehen.

Beispielsweise ist es fraglich, ob Artikel 3 der Verfassung, der eine einsprachige Struktur festlegt, Artikel 42, der eine Ausbildung in einer anderen Sprache als Türkisch unmöglich macht, oder Artikel 66, der alle Bürger der Republik Türkei als Türken definiert, geändert werden. Der Frieden den der türkische bürgerliche Staat vorsieht schließt nationale kollektive Rechte nämlich eindeutig aus.

Die Ziele des türkischen Staates

Der faschistische Kolonialstaat

definiert die kurdische Frage als „Existenzproblem“ und ist in diesem Zusammenhang nicht bereit, weitreichende Veränderungen bürgerlich-demokratischer Art in der Staatsstruktur vorzunehmen. Die Anerkennung der nationalen Existenz der Kurd:innen und die Akzeptanz ihrer nationalen demokratischen Rechte würde den Weg für den Zusammenbruch des kolonialistischen türkischen Herrschaftsystems ebnen und letztlich den Weg für die nationale Unabhängigkeit der kurdischen Nation und ihrer offiziellen Staatsgründung ebnen. Das Leitprinzip „Eine Nation, eine Sprache, eine Heimat, eine Flagge, eine Religion, eine Konfession“ hat der faschistische Block aus der AKP und MHP nicht aufgegeben. Aus diesem Grund drängt das kolonialistische faschistische Chefregime rücksichtslos auf die bedingungslose und rasche Umsetzung der PKK-Kongressbeschlüsse, um die kurdische nationale demokratische Bewegung in allen Teilen schnellstmöglich zu entwaffnen. Auch die genozidale „tamilsche Lösung“ bleibt als eine Option im Hintergrund, die sofort umgesetzt werden soll, falls die kurdische nationale demokratische Bewegung in den vier Teilen Kurdistan sich nicht entwaffnet.

Der türkische Kolonialstaat reagierte mit einer unverschämten Politik auf die Initiative von Abdullah Öcalan. Auf den von der PKK ausgerufenen Waffenstillstand wurde nicht einmal mit einem faktischen Waffenstillstand geantwortet. Der 12. Kongress der PKK fand unter Bedingungen statt, in denen Luft- und Bodenangriffe, die kolonialistische Belagerung und das Embargo der PDK weiterhin fortgesetzt wurden.

Im Palast mangelt es nicht an kolonialistisch-faschistischen Argumenten der psychologischen Kriegsführung, wonach der Staat „die PKK besiegt hat“ und „die PKK ohne Zugeständnisse zur Kapitulation gezwungen wurde“. Gleichzeitig wird erklärt, dass der Staat nach der Zerschlagung der PKK und ihrer Entwaffnung verschiedene demokratische Reformen vorbereite, ohne jedoch nennenswerte Schritte zu unternehmen. Es wird eine staatliche Taktik des Hinhaltens und Zermürens angewendet.

Auf die Selbstauflösung der PKK hat der türkische Staat trotz seiner Zusagen während der Gespräche mit Abdullah Öcalan weiterhin keine umfassenden Änderungen vorgenommen, die über eine teilweise Lockerung der speziellen Isolati-



onsbedingungen in Imrali hinausgehen. Eine allgemeine Lockerung würde es Öcalan ermöglichen, mit einem größeren Sekretariat zusammenzuarbeiten und in ständiger Verbindung mit der Führung der Medya-Verteidigungsgebiete sowie einem breiten Spektrum von Vertreter:innen der Partei, Massenorganisationen und Journalist:innen zu stehen und den weiteren Ausöhnungsprozess zu gestalten.

Rückblickend auf den bisherigen Prozess hat die PKK in diesem Zeitraum viele Schritte unternommen, von der Auflösung ihrer organisatorischen Strukturen bis hin zur Beendigung des bewaffneten Kampfes. Auf der anderen Seite hat sich die Position des türkischen Staates jedoch in keiner Weise verändert. Es wurde kein gesetzlich abgesicherter Rahmen geschaffen, um die Rückkehr

der Guerilla nach Beendigung des bewaffneten Kampfes zu gewährleisten. Ganz zu schweigen davon, dass weder die Politik der Zwangsverwalter aufgegeben noch kranke Gefangene freigelassen wurden. Gleichzeitig setzen sich die massenhaften Festnahmewellen gegen Revolutionär:innen fort und die Bedingungen für politische Gefangene verschlechtern sich. Die kolonial-faschistische institutionelle Struktur des Staates ist genauso geblieben, wie sie war. Der Abschlussbericht der „Kommission für nationale Einheit und Solidarität“ wurde vorgelegt und erklärte weder die Ursachen der kurdischen nationalen Frage noch präsentierte er Lösungsvorschläge. Ganz im Gegenteil wurde „Terror“ als Ursache des Problems bezeichnet. Es wurde behauptet, dass die Beendigung des bewaffneten Kampfes automatisch auch das Problem beenden würde. Während der kurdische nationale Befreiungskampf als „Terror“ dargestellt wurde, wurde der kolonial-faschistische Terror des Staates nicht einmal erwähnt. Über den Status von Abdullah Öcalan strebt der koloniale Staat weiterhin an, eine „faktische Regelung“ ohne gesetzliche Grundlage zu schaffen. Der Staat hat kein Interesse daran, auch nur die minimalen demokra-

tischen Forderungen der nationalen Bewegung aufzugreifen.

Die Rolle des 12. Kongresses der PKK

Die Rolle des 12. Kongresses der PKK besteht zunächst darin, sicherzustellen, dass die kurdische nationale demokratische Bewegung im Aussöhnungsprozess mit dem türkischen bürgerlichen Staat die von Abdullah Öcalan initiierte politische Position einnimmt. Darüber hinaus hat der Kongress, ebenfalls auf der Grundlage der von Öcalan vorgestellten Positionen, die offiziellen Eckpunkte für den neuen ideologisch-politischen Kurs der neuen Ära festgelegt.

Die Einschätzungen und Beschlüsse des Kongresses wurden offensichtlich sorgfältig und zurückhaltend formuliert. So wurde beispielsweise der Beschluss zur Auflösung mit der Formulierung „die unter dem Namen PKK geführten Aktivitäten einzustellen“ konkretisiert, womit zum Ausdruck gebracht wurde, dass die organisatorische Form der nationalen demokratischen Bewegung zwar geändert, ihre organisatorische Einheit jedoch gewahrt bleiben soll. Ebenso wurde Abstand von Formulierungen wie „die Waffen niederlegen“ oder „die Waffen abgeben“ genommen

und erklärt, dass der Kongress beschlossen habe, den bewaffneten Kampf zu beenden. Die tatsächliche Umsetzung beider Beschlüsse war jedoch an zwei Bedingungen geknüpft: Öcalan sollte den Prozess führen und der Staat sollte das Recht auf legale demokratische Politik und umfassende rechtliche Garantien gewährleisten. Darüber hinaus spiegelte sich im Kongress eine eindeutig kämpferische Atmosphäre wider, die Bezug auf das revolutionäre Erbe der PKK nahm. Demgegenüber stand die Realität des 12. Kongresses, der es kategorisch ablehnte, die faschistische, verleugnende Kolonialherrschaft zu zerschlagen und eine revolutionäre Macht zu errichten, welche die vollständige Gleichberechtigung der Nationen und das Recht auf Selbstbestimmung garantiert, genauso lehnt es das Recht und die Notwendigkeit der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Völker gegen die bewaffnete Staatsmacht und das Herrschaftssystem einen bewaffneten Kampf zu führen. Damit rückt es prinzipiell und programmatisch auf eine liquidatorische, politisch auf eine reformistische Position. Es geht hierbei jedoch nicht um eine direkte organisatorische Liquidierung durch die nationale demokratische Bewegung.

Im Rahmen der ideologischen, theoretischen, historischen und politischen Begründung der Entscheidungen, die PKK aufzulösen und den bewaffneten Kampf zu beenden, wurde die von Öcalan beim Kongress bestätigte Stoßrichtung damit begründet, dass das Ende der PKK auf „Zusammenbruch des Realsozialismus aufgrund interner Dynamiken“, der Notwendigkeit, einen neuen Weg zum Sozialismus zu beschreiten, sowie der „Anerkennung und Verwirklichung der kurdischen Identität“ beruhe. Der Verzicht auf den bewaffneten Kampf wurde damit erklärt, dass dieser auf einer Strategie zur Errichtung eines Nationalstaates beruhe und der Übergang zu einem demokratischen Gesellschaftsprogramm „demokratische Politik und die Anerkennung der juristischen Grundlage erfordere“.

Die Betonung des „Zusammenbruchs des Realsozialismus aufgrund interner Dynamiken“ und der „Notwendigkeit, einen neuen Weg zum Sozialismus zu beschreiten“ verweist darauf, dass mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Pakts, der von der modern-revisionistischen Macht von innen heraus untergraben wurde, ein historischer Prozess des Kampfes für den Sozialismus

zu Ende gegangen ist und ein neuer historischer Prozess begonnen hat. Daraus folgt, dass alle Parteien und Organisationen, die sich dem Sozialismus verschrieben haben, vor der Notwendigkeit einer grundlegenden Umstrukturierung stehen.

Aber seit Beginn der 1990er Jahre sind diejenigen, die zu dem Schluss kamen, dass diese Realität eine Organisation außerhalb der herrschenden Ordnung und einen Kampf zur Zerstörung eben dieser Ordnung überholt habe, in die international liquidatorische Welle hineingezogen worden, ebenso wie diejenigen, die sich dem Reformismus angeschlossen haben.

Mit einer revolutionären Perspektive kommt man heute nicht zu dem Schluss, dass die PKK ihre Zeit überlebt habe und aufgelöst werden müsse. Auch die andere Begründung für die Auflösungsentscheidung, nämlich die Überwindung der Leugnung der kurdischen Identität, steht heute nicht im Einklang mit einer objektiven Analyse der verleugnenden, kolonialistischen Struktur des türkischen bürgerlichen Staates. Denn selbst wenn der nationale demokratische Kampf die grobsten Formen der Leugnung außer Kraft gesetzt hat, bedeutet dies nicht, dass die natio-

nale Leugnung beendet sei, solange die Kurd:innen als Nation nicht anerkannt werden und lediglich als „ethnische Identität“ betrachtet werden, die Teil der „türkischen Nation“ seien.

Diese Gründe sind das Ergebnis des Versuchs, die Entscheidung zur Auflösung der PKK ideologisch, theoretisch und historisch zu kontextualisieren. Unmittelbar danach nennt Öcalan jedoch sehr realistisch den eigentlichen Grund für die Auflösung der PKK: „Da jede Art von Dialog und Verhandlungen mit dem Staat unter der offiziellen PKK nicht akzeptiert wird (...) ist eine Auflösung notwendig.“ Das heißt: Da die PKK von der verleugnenden Kolonialmacht aufgrund ihrer gesamten Geschichte und Existenz mit der nationalen Existenz der Kurd:innen gleichgesetzt wird und ihre Nichtanerkennung der Gesetze des Staates sowie ihr bewaffneter Aufstand gegen den Staat als absolut illegitim erklärt wird, erfolgt die Auflösung, um einen Aussöhnungsprozess zu ermöglichen.

Die Begründung der Entscheidung, den bewaffneten Kampf zu beenden, hängt tatsächlich auch mit den Erfordernissen des Aussöhnungsprozesses zusammen. Historisch

gesehen ist es zwar korrekt, dass in nationalen Befreiungsbewegungen der bewaffnete Kampf grundsätzlich auf einer Strategie zur Errichtung eines Nationalstaates basiert und entsprechend umgesetzt wurde. Aber anstatt die konkrete Situation eines Landes und einer Nation in einem bestimmten historischen Abschnitt zu betrachten, ist es methodisch fehlerhaft und politisch falsch, diese allgemeine Realität an die Stelle der konkreten Bedingungen zu setzen und sich damit zu begnügen.

In der konkreten Situation Kurdistans haben die Kolonialstaaten, allen voran der türkische bürgerliche Staat, die Tür zu weitreichenden Reformen, die den Forderungen der Kurd:innen nach administrativer Autonomie entsprechen würden, verschlossen und beharren auf ihrer Politik der nationalen Verleugnung, sodass selbst für begrenzt definierte nationale Ziele der bewaffnete Kampf geführt wurde.

Unabhängig von der Dimension des nationalen Befreiungskampfes ist die Auffassung falsch, dass das „Programm für eine demokratische Gesellschaft“ und das Ziel des „demokratischen Gesellschaftssozialismus“ keinen bewaffneten Kampf erfordern, sondern ausschließlich

„auf demokratischer Politik und Recht“ beruhen müssten. Wenn das Ziel lediglich darin besteht, demokratische Reformen innerhalb der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft und des Staates durchzuführen, liegt es nahe, dass dafür ausschließlich legale, friedliche und parlamentarische Mittel eingesetzt werden, unter Ausschluss illegaler oder bewaffneter Aktionen. Aber das ist nichts anderes als Reformismus. Wenn das Ziel darin besteht, die bürgerlichen Gesellschafts- und Staatsverhältnisse zu beenden und zu einer sozialistischen Gesellschaft überzugehen, oder selbst wenn das Ziel noch begrenzter ist, nämlich eine faschistische Diktatur zu beenden und Freiheit und Demokratie für das Volk zu erlangen, dann ist es unumgänglich, dass der Weg dorthin freie und bewaffnete Kampfformen umfasst.

Die Frage ist in erster Linie nicht, ob der bewaffnete Kampf eine Kontinuität hat und ob er die Hauptmethode ist oder nicht. Die Frage ist, ob der bewaffnete Kampf kategorisch, prinzipiell und universell ausgeschlossen und abgelehnt wird. In Gesellschaften, die durch Klassen- und Geschlechterprivilegien geprägt sind und viele davon auch von nationalen und religiösen Privilegien geprägt sind, kann der

Kampf für den Sozialismus nicht ohne Revolution, d. h. ohne Gewaltanwendung, ohne illegale Organisation, ohne zu den Waffen zu greifen, sondern nur mit legalen, friedlichen und parlamentarischen Mitteln erfolgreich sein, solange die Herrschenden das Gewaltmonopol behalten und der Staat die Privilegien der Herrschenden schützt. In der modernen Geschichte gab es kein Beispiel, in dem dies gelungen wäre. Kurz gesagt, ohne Revolution kann es keinen Sozialismus geben. Der Rahmen für die Lösung der kurdischen Frage auf dem 12. Kongress besteht aus den Normen „demokratische Republik“, „demokratische Nation“, „gemeinsame Heimat“ und „gleichberechtigte Staatsbürgerschaft“. Bekanntlich betrachtet Öcalan in seinem „Aufruf für den Frieden und eine demokratischen Gesellschaft“ „separate Nationalstaaten, Föderationen, administrative Autonomie und kulturalistische Lösungen“ als „unvermeidliches Ergebnis der extremen nationalistischen Abweichungen“ und schließt sie als Lösung für die nationale Frage aus. Im Anschluss daran hat der 12. Kongress einen neuen programmatischen Rahmen geschaffen, der für den Aussöhnungsprozess zwischen der kurdischen nationalen demokratischen

Bewegung und dem türkischen bürgerlichen Staat charakteristisch ist und den Übergang zu einer legalen Organisation und einem legalen Kampf ermöglicht.

Angesichts der Tatsache, dass das faschistische Chefregime nicht einmal bereit ist, das Recht auf Bildung in der Muttersprache offiziell anzuerkennen, kann man nicht von einer Phase minimaler Lösungen für die kurdische Frage sprechen, sondern nur von einer neuen Phase des Kampfes. Selbst eine Transformation des Staates und der Gesellschaft im Rahmen einer „demokratischen Republik“, einer „demokratischen Nation“, einer „gemeinsamen Heimat“ oder einer „gleichberechtigten Staatsbürgerschaft“ könnte nur eine teilweise und vorübergehende Lösung der kurdischen Frage darstellen. Denn ohne die vollständige Gleichberechtigung zwischen den Nationen, unabhängig davon, in welcher Form dieses Recht ausgeübt wird, und ohne das Recht auf einen eigenen Staat, das für alle Kolonialstaaten Kurdistans unter Berücksichtigung der Einheit der vier Teile Kurdistans gilt, und solange föderale oder autonome Formen der nationalen Selbstverwaltung nicht als Optionen inbegriffen sind, kann keine endgültige Lösung auf der Basis vollständiger Gleich-

berechtigung erreicht werden. Aus diesem Grund ist die revolutionäre Lösung der kurdischen nationalen Frage eine föderative Union von Volksrepubliken mit gleichen Rechten. Die Betonung Öcalan's der „türkisch-kurdischen Allianz“ kann, wenn sie eine demokratische und kämpferische Bedeutung haben soll, nur dann möglich sein, wenn sie mit einer volksdemokratischen Lösung der kurdischen Frage verbunden ist und zwar nicht als Beziehung zum türkischen bürgerlichen Staat, sondern als revolutionär-demokratische Allianz des türkischen und des kurdischen Volkes, als Freiheitsbündnis der Völker.

Die Grenzen des demokratischen Gesellschaftssozialismus

In den programmatischen Standpunkten, die der 12. Kongress in Anlehnung an Öcalan's Perspektive verabschiedet hat, wird das Ziel des Kampfes in der neuen Periode einerseits durch die Einschränkung des Lösungsrahmens für die kurdische Frage auf eine „demokratische Gesellschaft“ und andererseits durch eine ideologisch-politische Ausweitung auf den „Sozialismus“ gesetzt. Die nationalen demokratischen Forderungen werden eingegrenzt und in den allgemeinen demokratischen Kampf eingebettet, das Ziel des Kampfes verschiebt

sich vom Nationalen zum Sozialen und es wird das Ziel des „demokratischen Gesellschaftssozialismus“ formuliert. Realistisch betrachtet liegt die entscheidende Veränderung hier in der Einschränkung des Lösungsvorschlags für die nationale Frage und in der Unterordnung der nationalen demokratischen Rechte unter die allgemeinen demokratischen Rechte, während die Erweiterung zum demokratischen Gesellschaftssozialismus diese Einschränkungen kompensiert. Dennoch bleibt der demokratische Gesellschaftssozialismus ein umfassendes Ziel, das von der kurdischen nationalen demokratischen Bewegung sicherlich eingehend behandelt werden wird.

Das von Öcalan im Kongress vorgestellte Dokument, in dem die wichtigsten Merkmale des demokratischen Gesellschaftssozialismus beschrieben und offiziell vom Kongress angenommen wurden, übt Kritik am Sozialismus im 20. Jahrhundert, insbesondere an der Sowjetunion. Diese habe den Nationalstaat, den Industrialismus und den Machtmissbrauch nicht überwinden können und so der kapitalistischen Moderne gedient. Öcalan ersetzt den Nationalstaat durch die demokratische Nation, den Kapitalismus durch die

Kommune, den Industrialismus durch eine Öko-Ökonomie und beschreibt das von ihm angestrebte Gesellschaftssystem als demokratische Moderne.

Der „demokratische Gesellschaftssozialismus“, der angeblich eine neue Phase im Kampf für den Sozialismus darstellt, weist bereits jetzt zwei grundlegende Schwächen auf. Die erste Schwäche besteht darin, dass das Verständnis von Sozialismus bei Lenin und Stalin mit dem Verständnis von Sozialismus bei Chruschtschow und Gorbatschow unter dem Begriff „Realsozialismus“ in einen Topf geworfen wird; dem leninistischen Sozialismusverständnis, das zweifellos darauf abzielt, den Nationalstaat zu überwinden, das Etikett „nationalstaatlicher Sozialismus“ anzuheften; die großen Fortschritte, die die sozialistischen Erfahrungen insbesondere in Bezug auf soziale Gleichheit und nationale Freiheit gebracht haben, zu ignorieren und damit fast alle Errungenschaften der Geschichte des Sozialismus zu leugnen. Die zweite, noch wichtigere Schwäche besteht darin, dass anstelle der Klassenanalyse eine Staatsanalyse gesetzt wird, dass im Sinne der Ablehnung eines Machtstrebens nicht die Übernahme der Macht, sondern deren Umgestaltung im Vor-

dergrund steht, dass diese Umgestaltungsmission den Kommunen übertragen wird und dass behauptet wird, eine solche kommunalistische Gesellschaft könne über die kommunalen Verwaltungen organisiert werden. Kurz gesagt, ein Sozialismus wird verteidigt, der nicht das Ziel verfolgt, den bürgerlichen Staat zu stürzen.

Der demokratische Gesellschaftssozialismus vertritt zwar subjektiv eine antikapitalistische Position, aber ohne die bürgerliche Staatsmacht zu zerstören, verankert er sich mit der Perspektive, die Organisation der Kommunen in Richtung Sozialismus auszuweiten, auf theoretischer Ebene in einer utopischen und ergebnislosen, auf politischer Ebene in einer reformistischen und systemintegrierten Position.

Viele dieser Ansichten, die von der kurdischen nationalen Bewegung und ihrem Führer Öcalan auf dem 12. Kongress der PKK als programmatischer Rahmen offiziell anerkannt wurden, sind nicht neu und wurden von Abdullah Öcalan bereits zu früheren Zeiten eingebracht. Aber es ist neu, dass diese Ansichten heute einen ganzheitlichen ideologisch-politischen Kurs bilden, um den mit dem türkischen

bürgerlichen Staat geführten Aussöhnungsprozess zu unterstützen und die Entscheidung für die Beendigung des bewaffneten Kampfes zu untermauern. Das heißt, obwohl viele dieser Ansichten nicht neu sind, baut die heutige konkrete ideologisch-politische Ausrichtung nun vollständig auf diesen Ansichten auf. Was früher noch eine allgemeine und abstrakte Perspektive war, ist heute zu einem aktuellen und konkreten Kurs geworden ist, wodurch es auf ideologisch-politischer Ebene als Rückschritt zu verstehen ist.

Der bewaffnete Kampf und die illegale Partei hätten ihre Bedeutung verloren. Die Zeit, in der die koloniale Unterdrückung auf revolutionärem Weg überwunden werden konnte, sei vorbei. Auch wenn die nationalen Rechte noch nicht vollständig erreicht sind, sei eine Einigung mit dem Staat notwendig und ein Erfolg außerhalb der vom Staat gesetzten Grenzen unmöglich. Eine demokratische Gesellschaft müsse Schritt für Schritt aufgebaut werden, ohne den Sturz des Staates anzustreben. Dieser neue ideologisch-politische Kurs ist liquidatorisch und reformistisch.

Die kurdische nationale demokratische Bewegung hat mit ihrem

12. Kongress die Grundzüge einer ideologischen, theoretischen und politischen Struktur festgelegt, die dem Aussöhnungsprozess eigen ist, auch wenn die endgültige organisatorische Form noch nicht feststeht.

Es ist daher eine Sache, im politischen Kampf zu einem Rückzug gezwungen zu sein und ein Friedensabkommen im Krieg zu akzeptieren, das schwere Zugeständnisse beinhaltet. Aber es ist etwas anderes, diese Bereitschaft zur Ideologie zu erheben, zu theoretisieren und sie zum allgemeingültigen Prinzip der politischen und organisatorischen Existenz zu machen.

Die Folgen der Auflösung der PKK

Die Bedingungen für einen Kompromiss zwischen faschistischer Kolonialherrschaft und nationaler Demokratie, die derzeit auf der Tagesordnung stehen, würden die politischen Kämpfe in der Türkei und Kurdistan grundlegend verändern, wenn die Guerilla letztendlich aufgelöst und die kurdische Bewegung zu einem ausschließlich legalen Organisation und einen legalen Kampf übergeht.

Zunächst einmal würde die am besten organisierte und stärkste antikoloniale sowie antifaschistische Widerstandsbewegung, die kurdische nationale Guerilla, aus

dem politischen Kampfgeschehen verschwinden. Damit würde auch das größte Hindernis für die Umsetzung des politischen Programms des faschistischen Chefregimes beseitigt, was ihm freie Bahn verschaffen würde.

Mit dem Ende des groß angelegten bewaffneten Kampfes der nationalen demokratischen Bewegung Kurdistans, die objektiv gesehen der wichtigste Verbündete der türkischen Arbeiterklasse und der Unterdrückten ist und in der Praxis eine bedeutende revolutionäre Rolle spielt, würde eine sehr wichtige strategische Chance für die Entwicklung einer vereinten Revolution in der Türkei und Kurdistan verloren gehen.

Eine weitere Folge des neuen ideologisch-politischen Kurses der PKK ist die Verstärkung der liquidatorischen Tendenzen und Strömungen, die in den letzten Jahren infolge des ungezügelten faschistischen Staatsterrors innerhalb der Arbeiterbewegung an Einfluss gewonnen haben.

Die Türkische Republik, die auf Monismus basiert und durch ein faschistisches Regime geführt wird, ist aufgrund der gesellschaftlichen Realität in einer strukturellen Regimekrise, die durch den nationalen

Befreiungskampf in bewaffneten Formen befeuert wurde. Dadurch, dass der Guerillakampf endet, der die Regimekrise vertieft und lebendig gehalten hat, wird dem faschistischen Kolonialismus neuer Raum geboten, seine eigene Krise zu leiten.

Zudem hat der Aussöhnungsprozess Auswirkungen auf die vier Teile Kurdistans und damit auch auf die Kolonialstaaten Syrien, Irak und Iran, was zu Veränderungen in der regionalen politischen, militärischen und diplomatischen Position sowie in den internationalen Beziehungen des türkischen bürgerlichen Staates führen könnte.

Die Folgen der Selbstauflösung der PKK würden die Bedingungen für den Kampf um Revolution, politische Freiheit und Sozialismus grundlegend verändern. Einer der wenigen verbliebenen bewaffneten revolutionären Herde in der Welt würde erlöschen, der Guerillakrieg gegen den faschistischen türkischen Kolonialstaat in Kurdistan würde enden, was die imperialistischen und anderen bürgerlichen Staaten weltweit noch mehr bestärken würde, bewaffnete Revolutionen und deren Vorreiter zu zerschlagen. Objektiv können diese Entwicklungen Ten-



denzen zu Zweifeln, Resignation und Hoffnungslosigkeit unter den Arbeitenden und Unterdrückten nähren, die in Frage stellen, ob illegale Organisationen und bewaffnete Kämpfe erfolgreich sein können und ob ein Sieg der Revolution überhaupt möglich sei.

Es ist zwar klar, dass der kurdische nationale Kampf der Massen in Bakur und auch in den Städten der Türkei weiterhin in legalen, friedlichen und weithin anerkannten Formen ausgetragen wird. Dennoch bleibt der qualitative Rückschritt, der sich in der Entscheidung zur Auflösung der bewaffneten Kräfte zeigt, unbestreitbar. Die Ungleichheit in der Entwicklung der Revolution wird auch in den vier Teilen Kurdistans deutlich. Besonders die nationale demokratische Vorhut erlebt in Bakur und Başûr sowie

durch die jüngste Liquidationsaktion in Rojava durch die HTS erhebliche Rückschläge. Gleichzeitig ist der Prozess in Rojhilat angesichts des iranischen Mullah-Regimes sowie der anhaltenden imperialistischen und zionistischen Aggressionen und Kriegshandlungen stark beeinträchtigt und voller Risiken.

Die bürgerliche Opposition im Kontext des Aussöhnungsprozesses

Während der faschistische Staat einerseits die kurdische Frage durch einen liquidatorischen Kompromiss auflösen will, treibt die politische Ausrichtung des Regimes gleichzeitig Schritte zur Unterdrückung und Zerschlagung der bürgerlichen Opposition voran.

Die Festnahmewelle gegen Vertreter der CHP am 19. März 2025 war eine umfassende faschistische politische Intervention. Sie war mit der Inhaftierung des Bürgermeisters von Istanbul, Ekrem İmamoğlu und der Einsetzung eines Zwangsverwalters verbunden, um den Präsidentschaftskandidaten der CHP auszuschalten und ihre Parteiführung zu schwächen. Die Ereignisse verdeutlichen, dass das faschistische Chefregime die politische Macht in der Türkei auf eine Weise kontrolliert, die einen Machtwechsel durch Wahlen prak-

tisch ausschließt. Auch die CHP sieht sich mit der Annullierung des Parteitags konfrontiert, auf dem Özgür Özel zum Vorsitzenden gewählt wurde, sowie mit der Gefahr einer staatlichen Übernahme der CHP-Führung.

Die faschistische Intervention gegen die CHP löste einen Volksaufstand aus. Die massive, spontane Mobilisierung als Reaktion auf İmamoğlu Festnahme stellt eine neue konjunkturelle Erscheinung der ungleichen Entwicklung der vereinigten Revolution in der Türkei und Kurdistan dar. Während die Arbeitenden und Unterdrückten in der Türkei mit dem Märzaufstand einen politischen Durchbruch erzielten, setzte in Kurdistan gleichzeitig eine qualitative Rückentwicklung ein, die auf dem Kongress der nationalen demokratischen Vorhut PKK offiziell bestätigt wurde. Letztendlich führten die parallelen Entwicklungen, die erklärte Auflösung der PKK und der Volksaufstand in der Türkei gegen faschistische Maßnahmen, einhergehend mit historischen Erfahrungen, politischen Prioritäten und dem Einfluss des Sozialchauvinismus dazu, dass beide Bewegungen keine nennenswerte Verbindung zueinander aufbauen konnten.

Die bürgerliche Opposition in der Türkei, vertreten durch die CHP, vertritt die Auffassung, dass bestimmte nationale Forderungen der Kurd:innen erfüllt werden müssen, um eine demokratische Transformation der türkischen Staatsstruktur zu ermöglichen. Zwar betont die Führung der CHP unter Özgür Özel, keine Politik zu verfolgen, die den Aussöhnungsprozess zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bewegung behindert, doch existieren innerhalb der Partei auch rassistische und chauvinistische Strömungen, die politische Resonanz finden.

Dies zeigte sich deutlich während und nach dem Märzaufstand 2025, als chauvinistische Töne auch unter den türkischen Arbeitermassen laut wurden, etwa: „Der Präsidentschaftskandidat der CHP wird ins Gefängnis gesteckt, aber der Terroristenführer Öcalan wird aus dem Gefängnis entlassen.“

Faschistisches Regime und die „Heimatfront“

Es ist undenkbar, dass die Palastmacht, die darauf abzielt, selbst die türkische bürgerliche Opposition zu zerschlagen, der kurdischen nationalen demokratischen Bewegung einen breiten politischen Raum gewähren wird und dass in

Bakur Demokratie aufkeimen wird, während in der Türkei der Faschismus weiter herrscht. Für das faschistische Chefregime bilden die Kräfte, die sich um Erdogans Politik scharen, die „Heimatfront“, während alle Kräfte, die sich gegen Erdogans Politik wenden, unabhängig ihrer Position, von der bürgerlichen Opposition bis hin zu revolutionär-demokratischen Kräften, Teile oder Anhängsel der feindlichen „äußeren Front“ sind. Die „Stärkung der Heimatfront“ bedeutet die Beseitigung all dieser „Elemente der äußeren Front“. Es besteht kein Zweifel daran, dass die kurdische nationale demokratische Bewegung, die aufgefordert wird, sich innerhalb der „Heimatfront“ zu positionieren, mit kolonialistischen faschistischen Reaktionen konfrontiert sein wird, wenn sie eine politische Linie verfolgt, die Erdogans Politik widerspricht, und ihren Kampf gegen Unterdrückung, Kolonialismus, Faschismus und Patriarchat fortführt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Chef des faschistischen Kolonialregimes, Erdoğan, und der Führer der faschistischen MHP, Bahçeli, den Aussöhnungsprozess zwischen dem türkischen bürgerlichen Staat und der kurdischen nationalen demokratischen Bewe-

gung nicht im Zusammenhang mit „demokratischen Öffnungen“ und „Rechten für Kurd:innen“ betrachten, sondern im Zusammenhang mit „Staatsschutz“ und „Stärkung der Heimatfront“. Ein wesentlicher Bestandteil dieses Zusammenhangs auf der aktuellen bürgerlichen politischen Ebene ist die geplante Einführung einer neuen Verfassung, die dem faschistischen Chefregime zugeschnitten ist, und die Fortsetzung von Erdogans Präsidentschaft in seiner Rolle als Staatschef für mindestens eine weitere Amtszeit. Der faschistische Block der AKP und MHP geht davon aus, dass er mit der Verabschiedung einer neuen Verfassung und der Wiederwahl Erdogans als Präsident ein großes Hindernis wie die kurdische nationale demokratische Bewegung und die DEM-Partei mithilfe des Aussöhnungsprozesses überwinden kann.

Rojava als ein Schlüsselement des Aussöhnungsprozess

Rojava ist ein Schlüsselement im Aussöhnungsprozess. Der Aussöhnungsprozess in der Türkei und das am 10. März 2025 in Damaskus von Mazlum Abdi und Mohammed al-Golani unterzeichnete Abkommen hatten den Ausbruch eines aufgrund der tiefen Gegen-

sätze zwischen der SDF und der faschistisch politisch-islamistischen HTS unausweichlichen Krieges hinausgezögert. Die mit dem Imperialismus kollaborierende HTS festigte ihre Macht und ordnete sich den Neuordnungsplänen der Imperialisten und Zionisten unter, während es Massaker an Alawit:innen und Drus:innen vollführte. Al-Golani führte eine Übergangsverfassung ein, die die Grundlagen für die Errichtung eines theokratischen Staates in Syrien enthielt und ihm nahezu unbegrenzte Befugnisse einräumte, führte eine gefälschte Parlamentswahl durch und baute seine Streitkräfte aus. Die Machtverhältnisse veränderten sich zugunsten der HTS und gegen die von den kurdischen nationalen demokratischen Kräften errungene revolutionär-demokratische Selbstverwaltung. In nur wenigen Monaten verschoben sich die internationalen Kräfteverhältnisse in Bezug auf Syrien. Das Pariser Abkommen bedeutete eine Vereinbarung zwischen dem zionistischen Staat Israel und dem türkischen bürgerlichen Staat, der die Aufteilung Syriens in Besatzungs- und Einflussgebiete beinhaltete. Der faschistische Kolonialismus unter der Führung Erdoğan's sah in dieser Verschiebung des Gleich-

gewichts eine entscheidende Gelegenheit, die SDF aus ihrer aktuellen politisch-militärischen Position zurückzuschlagen, und handelte unverzüglich.

Der Angriff der HTS auf die kurdischen Stadtteile in Aleppo im Januar 2026 markierte den Beginn einer umfassenden Offensive gegen die von der autonomen Verwaltung Rojavas kontrollierten Gebiete. Während dieser Offensive bemühte sich das Chefregime unter Erdoğan, den Aussöhnungsprozess mit der kurdischen nationalen demokratischen Bewegung unter Führung von Abdullah Öcalan zu blockieren. Es stoppte auch die Arbeit der entsprechenden Kommission im bürgerlichen Parlament.

Der Widerstand, der sich in Aleppo formierte und durch heldenhafte Opfer gekennzeichnet war, verlieh der Verteidigungsmobilisierung der Völker in Rojava neuen Auftrieb. Dieser Widerstand fand auch in anderen Teilen Kurdistans und unter den Völkern weltweit Resonanz. Allerdings gelang es diesem Widerstand nicht, die türkische Regierung und die HTS-Milizen von ihren Kriegszielen abzubringen.

Am 29. Januar unterzeichnete die Verwaltung von Rojava schließlich ein Abkommen, das demjenigen

vom 18. Januar ähnelte, das sie zuvor abgelehnt hatte. Dies deutete auf eine Niederlage der Rojava-Revolution hin, die sich durch den politischen und militärischen Angriff der Verbündeten des türkischen Kolonialstaates abzeichnete. Das Abkommen vom 29. Januar markierte die politischen, militärischen und geografischen Verluste der Revolution in Rojava. Noch ist nicht ganz klar, in welcher Form die zentralen Bestimmungen des Abkommens umgesetzt werden. Jedoch ist die militärische und politische Präsenz der Kräfte der Rojava-Revolution nun erheblich eingeschränkt. Der Inhalt des Abkommens weist Parallelen zu Öcalans politischem Programm auf, das den Aussöhnungsprozess und politische Ziele für Rojava betrifft. Es wurde auch von verschiedenen Vertretern der kurdischen nationalen demokratischen Bewegung darauf hingewiesen, dass das Abkommen Spuren von Abdullah Öcalans Einfluss auf die Situation trägt.

Die Situation in Rojava und Syrien ist derzeit keineswegs stabil und könnte sich bald wieder ändern, bedingt durch eine Vielzahl von Faktoren. Trotz der Rückschläge, die die Rojava-Revolution im Januar durch den Angriff der kolonialistischen, faschistischen Kräfte

erlitten hat, bleiben die bereits erzielten Errungenschaften ein wichtiger Hebel für zukünftige revolutionär-demokratische Vorstöße. Diese Vorstöße betreffen nicht nur Rojava, sondern auch andere Teile Syriens. In diesem Kontext ist es von entscheidender Bedeutung, dass unter den neuen Bedingungen, die nach dem Angriff im Januar entstanden sind, nicht von den Forderungen zur Wahrung der volksdemokratischen Errungenschaften abgewichen wird.

Für die revolutionären Kräfte Rojavas bedeutet dies, dass sie das Bündnis der Völker innerhalb von Rojava erneuern müssen. Darüber hinaus gilt es, neue Allianzen mit verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Syrien zu schmieden. Dies umfasst insbesondere das drusische Volk und die demokratischen Teile der arabischen Bevölkerung, vor allem die Alawit:innen. Ein weiteres zentrales Ziel ist es, die politische und militärische Verteidigung mit einer breiten Volksmobilisierung zu festigen. Dies erfordert auch die Einführung von Organisations- und Kampfformen, die den neuen, sich ständig verändernden Bedingungen gerecht werden.

Gleichzeitig bleibt es entscheidend,

die politische und moralische Stärke der internationalen Massenbewegung zu bewahren. Diese internationale Solidarität spielt eine Schlüsselrolle in der Fortsetzung des Widerstands und in der Verteidigung der Errungenschaften der Rojava-Revolution.

Revolutionäre Aufgaben in der neuen Phase

Es ist noch unklar, welche Entwicklungen der Aussöhnungsprozess zwischen dem türkischen bürgerlichen Staat und der kurdischen nationalen Bewegung in der neuen Phase letztlich nehmen wird und wie die „Friedensbedingungen“ konkret ausgestaltet werden. Dennoch gibt es genügend Hinweise darauf, dass der faschistische Block von AKP und MHP darauf abzielt, die unipolare Staatsstruktur und das faschistische Chefregime zu festigen. Dieser Block positioniert sich sowohl bei den nationalen demokratischen als auch bei den allgemeinen demokratischen Rechten auf einem Minimalniveau und zeigt keinerlei Bereitschaft, das Regime in Richtung bürgerlicher Demokratie zu verändern. Vor diesem Hintergrund muss die zentrale Perspektive für die Vorbereitung auf die neue Phase darin bestehen, sich nicht von Erwartungen an eine all-

gemeine „politische Entspannung“ oder eine „Ausweitung demokratischer Rechte und Freiheiten“ täuschen zu lassen.

Trotz der Spannungen und zahlreichen Unklarheiten, die im Aussöhnungsprozess mit dem faschistischen Kolonialismus auftreten, sind Abdullah Öcalan und die kurdische nationale demokratische Bewegung fest entschlossen, diesen Aussöhnungsprozess zum Abschluss zu bringen und einen neuen ideologisch-politischen Kurs einzuschlagen. Öcalan wird auch in den aktuellen politischen Arbeiten und Kämpfen eine führende Rolle übernehmen, die PKK-Gruppen in Bakur und der Türkei werden sich an legalen Organisationen beteiligen und der Kampf für nationale demokratische Forderungen sowie allgemeine demokratische Rechte wird im Wesentlichen auf legalem, friedlichem, parlamentarischem, verhandelndem und praktisch-legitimen Weg fortgesetzt werden. Wie lange es dauern wird, bis das faschistische Chefregime eine materielle politische Grundlage dafür schafft und vor allem, wie realistisch dies ist, wird sich zeigen und hängt auch von regionalen Entwicklungen ab.

Trotz der Kriegsmüdigkeit aufgrund der schweren Bilanz von zehn Jahren Kolonialkrieg und faschistischem Terror ist das politische Bewusstsein, die Organisiertheit und der Kampfgeist des kurdischen Volkes in Bakur nicht gebrochen. Der objektive Widerspruch zwischen Kolonialismus und dem kurdischen Volk hat nichts an seiner Schärfe verloren. Der Beschluss des PKK-Kongresses, die kurdischen nationalen demokratischen Kräfte, wenn auch auf Grundlage legaler Organisationen, zu einem effektiven politischen Kampf zu mobilisieren, ist ein Anzeichen dafür, dass sich die Dynamik des kurdischen Volkes in der neuen Periode erneut zeigen wird und dass die nationale Massenbewegung in ihrer praktisch-legitimen Form weiterhin eine grundlegende Kraft im Kampf gegen das faschistische Chefregime sein wird. Das Bündnis zwischen der kurdischen nationalen demokratischen Bewegung und der revolutionär-demokratischen Bewegung in der Türkei bleibt nach wie vor der kritischste Faktor für die Entwicklung des Kampfes für politische Freiheit.

Kommunist:innen, Revolutionär:innen, Antifaschist:innen und Antikolonialist:innen stehen auch

weiterhin vor der Aufgabe, nationale demokratische Forderungen und Losungen zu verbreiten, die demokratischen Forderungen der kurdischen Nation zu unterstützen, die in Verhandlungen mit dem Staat auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen und alle Möglichkeiten zu nutzen, um das kolonialistische faschistische Chefregime politisch zurückzuschlagen. Dies bedeutet in erster Linie Kampf für die offizielle Anerkennung der kurdischen nationalen Identität, die Anerkennung des Rechts auf Bildung in der Muttersprache, die Freilassung von Abdullah Öcalan und allen politischen Gefangenen, das Ende der türkischen Besatzung von Rojava und Başûr, die Aufhebung des Antiterrorgesetzes, die Auflösung kolonialistischer schmutziger Kriegsorganisationen wie JÖH, PÖH und des Dorfschützersystems sowie die Offenlegung der geheimen Gräber von Patrioten und Revolutionären, die in Haft verschwunden gelassen wurden. Der Kampf um Revolution und politische Freiheit geht in allen Formen weiter, während er sich auf die veränderte Situation der politischen Bündniskräfte und erschwerten Bedingungen durch die konterrevolutionären Ressourcen des faschistischen Staates einstellen muss.